

Die Linke Landesverband Berlin
Kleine Alexanderstr. 28, 10178 Berlin

**Landeskonferenz der Frauen- und
Gleichstellungsbeauftragten an
Berliner Hochschulen (LakoF
Berlin)**

Landesverband Berlin
Kleine Alexanderstraße 28
10178 Berlin

Telefon: 030/24009-289
Telefax: 030/24009-260
info@dielinke.berlin
www.dielinke.berlin

Deutsche Bank
DE86 1007 0848 0525 6078 02
DEUTDEDB110

***Antworten DIE LINKE Berlin auf Ihren Wahlprüfstein zur AGH-
Wahl 2026***

Berlin, den 7.7.26

Sehr geehrte Damen und Herren,

vielen Dank, dass Sie mit dem von Ihnen erarbeiteten Wahlprüfstein einen wichtigen Beitrag zur politischen Willensbildung in Berlin leisten!

Im Folgenden finden Sie die Antworten von Die Linke Berlin auf Ihre Fragen.

Berlin verfügt über eine starke rechtliche und institutionelle Grundlage für Gleichstellung, Vielfalt und Antidiskriminierung an den Hochschulen. Dennoch zeigen die anhaltenden Ungleichheiten bei Karriereverläufen, Professuren, Entgeltstrukturen und der Vereinbarkeit von Familie und Wissenschaft oder Studium, dass weiterer Handlungsbedarf besteht. Unser Ziel von Die Linke Berlin ist eine Hochschullandschaft, in der alle Menschen unabhängig von Geschlecht, Herkunft, sozialem Hintergrund, Behinderung, Alter, Religion oder sexueller Identität gleiche Chancen auf Teilhabe und Erfolg haben.

Dahingehend hat sich in Berlin in den vergangenen Jahren bewegt. Das ist auch in besonderem Maße den Frauen- und Gleichstellungsbeauftragten der Berliner Hochschulen sowie dem Engagement unzähliger haupt- und nebenberuflicher sowie ehrenamtlicher Mitglieder der Hochschulen zu verdanken.

Berliner Hochschulen stärken und schützen

Berlin erzielt Spitzenleistungen in Forschung, Kunst und Lehre – und in der Gleichstellung! Die

Hochschulen sind ein zentraler Motor für den Wirtschafts- und Wissenschaftsstandort Berlin und wichtige Stütze für die demokratische und vielfältige Kultur Berlins.

Wie wird Ihre Partei eine verlässliche und auskömmliche Hochschulfinanzierung sicherstellen?

Leistungsfähige Hochschulen brauchen eine verlässliche öffentliche Finanzierung. Für Die Linke Berlin garantieren verlässliche Hochschulverträge eine auskömmliche Finanzierung der Berliner Hochschulen. Deshalb haben wir parlamentarisch gegen die vom CDU-SPD-Senat vorgelegten Kürzungen angekämpft und die neuen gekürzten Hochschulverträge abgelehnt. Wir wollen und können die Kürzungen von 2025 zurücknehmen. In den Haushaltsverhandlungen zum Doppelhaushalt 2026 / 2027 hatten wir hierfür auch einen gegenfinanzierten Vorschlag unterbreitet. CDU und SPD haben abgelehnt. Unsere Priorität bei der Finanzierung spiegelt sich auch in unserem Wahlprogramm wider.

Nach der Kahlschlagpolitik des CDU-SPD-Senats wird Die Linke Berlin wieder verlässliche Hochschulverträge abschließen, die den Aufgaben der Hochschulen gerecht werden und eine auskömmliche Finanzierung sichern. Gemeinsam mit den Hochschulen wollen wir nach der Wahl den tatsächlichen Finanzbedarf evaluieren und auf dieser Grundlage eine langfristig tragfähige Finanzierung gewährleisten. Zudem wollen wir zusammen ein Zielbild der Berliner Hochschullandschaft 2035 entwickeln und dieses dann Schritt für Schritt umsetzen. Priorität hat dabei die Sicherung der Studienplätze.

Bereits in der Vergangenheit haben wir auf eine planbare und ausreichende Hochschulfinanzierung hingearbeitet. Mit der Novelle des Berliner Hochschulgesetzes haben wir 2021 die Hochschulverträge gestärkt. Eine einseitige Kündigung von Hochschulverträgen durch das Land Berlin halten wir für rechtswidrig. Dies bestätigt auch das von uns in Auftrag gegebene Gutachten des Wissenschaftlichen Dienstes des Abgeordnetenhauses. Durch verlässliche Hochschulverträge wollen wir das verlorene Vertrauen in die Landespolitik wieder aufbauen.

Wie wird Ihre Partei auf Landesebene agieren, um die Berliner Hochschulen gegenüber antidemokratischen, wissenschaftsfeindlichen und antifeministischen Angriffen besser zu schützen?

Wir erleben zunehmend Angriffe auf die Wissenschaftsfreiheit und insbesondere auf die Gleichstellungspolitik, die Geschlechterforschung sowie demokratische Hochschulgremien und ihre Mitglieder. Dem treten wir als Die Linke Berlin entschieden entgegen! Hochschulen müssen Orte des kritischen Denkens, der demokratischen Debatte und der wissenschaftlichen Erkenntnis bleiben. Deshalb werden wir uns auf Landesebene für den Schutz von Wissenschaftler*innen, Studierenden und Hochschulbeschäftigten einsetzen, die Ziel von Einschüchterungen, Hasskampagnen oder rechten Angriffen werden. Um das zu erreichen, müssen die Frauen- und Gleichstellungsbeauftragten auf zentraler und dezentraler Ebene gestärkt werden. Außerdem wird Die Linke Berlin Beratungs-, Schutz- und Unterstützungsstrukturen an den Hochschulen stärken. Einen ersten Schritt in diese Richtung haben wir 2021 durch die Reform des Berliner Hochschulgesetzes mit einer Stärkung der Frauen und Gleichstellungsbeauftragten, sowie weiterer Antidiskriminierungsstrukturen getan.

Planen Sie Maßnahmen, um die Wissenschaftsfreiheit und Autonomie der Hochschulen zu stärken?

Die Freiheit von Forschung, Lehre und Kunst ist eine unverzichtbare Säule unserer Demokratie und eines leistungsfähigen Wissenschaftssystems. Die Linke Berlin stellt sich aktiv allen Bestrebungen entgegen, diese Grundrechte einzuschränken. Hochschulen müssen Orte des offenen Diskurses und der kritischen Debatte bleiben.

Deshalb setzen wir auf starke institutionelle Autonomie und verlässliche rechtliche Rahmenbedingungen, um die Resilienz der Hochschulen vor bspw. politischer Einflussnahme zu stärken. Demokratische Strukturen innerhalb der Hochschulen wollen wir daher stärken und ihre Selbstverwaltung schützen und ausbauen, indem wir die Hochschulen bei der Einführung von viertelparitätischen Gremien unterstützen und die Rechte der Statusgruppen stärken. Dazu gehört auch eine starke Grundfinanzierung, die wissenschaftliche Unabhängigkeit ermöglicht. Hochschulautonomie verstehen wir folglich nicht als Rückzug des Staates aus seiner Finanzierungsverantwortung, sondern als verlässliche öffentliche

Unterstützung bei gleichzeitiger Wahrung der Freiheit von Forschung, Lehre und Kunst.

Wir wollen kritische und bedrohte Wissenschaftsansätze, -disziplinen und die beteiligten Wissenschaftler*innen sichern und unterstützen - etwa im Bereich Friedens- und Konfliktforschung, einer vielfältigen Ökonomie, in der Geschlechter- und Diversitätsforschung, aber auch in der Public-Health-Forschung. Wissenschaftler*innen, die wegen ihrer Arbeit bedroht und angefeindet werden, brauchen Schutz und Unterstützung.

Wissenschaftsfreiheit endet für uns nicht an der Landesgrenze, sondern muss international gedacht werden. Wir wollen Programme für internationale Wissenschaftler*innen sichern, die in ihren Ländern bedroht sind und ihre Wissenschaftsfreiheit nicht ausüben können.

Gleichstellung ist die richtige Strategie für die BrainCity

Berlin ist Stadt der Frauen und Stadt der Frauen in der Wissenschaft. Das belegt das bundesweite

Gleichstellungsranking des CEWS. Diese Erfolgsgeschichte wollen wir weiterführen, dazu benötigen wir die richtigen politischen Strategien.

Welchen Platz soll Gleichstellung in der künftigen Forschungsstrategie Berlins einnehmen?

Gleichstellung muss ein zentrales Leitprinzip der Berliner Forschungsstrategie sein. Sie ist eine zentrale Querschnittsaufgabe und Voraussetzung für wissenschaftliche Exzellenz und demokratische Teilhabe. Die Erfolge der Berliner Hochschulen zeigen, dass gezielte Gleichstellungspolitik wirkt. Diese Entwicklung wollen wir weiter vorantreiben. Gleichstellungs- und Diversitätsziele müssen deshalb verbindlich in der Forschungsförderung verankert sein.

Was sind die wesentlichen Handlungsfelder, um Gleichstellung und Antidiskriminierung an den Berliner Hochschulen zu stärken?

Aus Sicht von Die Linke Berlin sind vier Handlungsfelder besonders entscheidend:

1. Es braucht verlässliche und diskriminierungsfreie Karrierewege mit guter Arbeit, fairer Bezahlung sowie Befristungen nur dort, wo sie unabdingbar sind und einer echten Qualifizierung dienen.
2. Frauen und andere unterrepräsentierte Gruppen müssen auf allen Karrierestufen gezielt gefördert werden.
3. Wir wollen Antidiskriminierungs- und Beratungsstrukturen dauerhaft absichern und ausbauen, damit Betroffene von Diskriminierung, Belästigung und Gewalt wirksam unterstützt werden.
4. Hochschulen müssen Diversität und Chancengleichheit als Querschnittsaufgabe in Lehre, Forschung, Personalentwicklung und Hochschulsteuerung verankern. Dabei verfolgen wir einen intersektionalen Ansatz, der unterschiedliche Formen von Benachteiligung zusammendenkt.

Welche Gleichstellungsziele sollen die Hochschulen in den Strukturentwicklungsprozessen erreichen?

Wir erwarten, dass Gleichstellung und Diversität verbindliche Bestandteile aller Strukturentwicklungsprozesse sind. Dazu gehören für Die Linke Berlin grundsätzlich die Erhöhung des Frauenanteils in Professuren und Führungspositionen, der Abbau geschlechtsspezifischer Ungleichheiten entlang der gesamten wissenschaftlichen Bildungs- und Karrierewege sowie die Verbesserung der Vereinbarkeit von Studium, Beruf und Sorgearbeit. In den aktuellen kürzungsbedingten Strukturentwicklungsprozessen sind Frauen, deren Anteil an befristeten Stellen auf Professuren größer ist, überproportional negativ betroffen. Darüber vollzieht sich aktuell ein Generationswechsel bei den Professuren mit Gender-Denomination. Hier ist darauf zu achten, dass in den Strukturentwicklungsprozessen, diese Denominationen nicht verschwinden. Schon allein aus diesen Gründen halten wir die Kürzungen gleichstellungspolitisch für verantwortungslos.

Darüber hinaus sollen die Hochschulen konkrete Ziele zur Förderung von Vielfalt, zur Reduzierung von Diskriminierung und zur Erhöhung der Repräsentanz bislang unterrepräsentierter Gruppen formulieren und regelmäßig überprüfen. Die Erreichung dieser Ziele muss transparent dokumentiert und bei der Ausgestaltung von Hochschulverträgen sowie Förderprogrammen berücksichtigt werden. Unser Anspruch ist es, dass Berlin seine Vorreiterrolle in der Gleichstellungspolitik nicht nur behauptet, sondern weiter ausbaut.

Frauenförderung und Geschlechterforschung ausbauen

Das Berliner Chancengleichheitsprogramms (BCP) hat erheblich und nachhaltig zu den

Gleichstellungserfolgen der Berliner Hochschulen beigetragen. Es wurde 2025 erneut positiv evaluiert. Die Fördermaßnahmen werden regelmäßig an aktuelle Entwicklungen angepasst.

Plant Ihre Partei das BCP zu entfristen?

Ja. Das Berliner Chancengleichheitsprogramm (BCP) ist eines der erfolgreichsten Instrumente zur Förderung von Gleichstellung an den Berliner Hochschulen. Die positive Evaluation zeigt, dass das Programm nachhaltig zur Verbesserung der Karrierechancen von Frauen und zur Verankerung von Gleichstellung in den Hochschulen beiträgt. Leider hat das BCP in den vergangenen Jahren im Haushalt keinen Aufwuchs erfahren. Durch die wichtigen Tarifierungen wurde es somit über die Zeit weniger leistungsfähig. Deshalb wird sich Die Linke Berlin für eine Verstärkung des Programms sowie eine auskömmliche und dynamisierte Finanzierung einsetzen. Gleichstellungspolitik braucht Verlässlichkeit und darf nicht von befristeten Förderzyklen abhängig sein.

Darüber hinaus muss in der Neuauflage des BCP die Integration von Gender- und Diversitätsaspekten in Forschung und Lehre als Förderlinie und -kriterium gestärkt werden.

Wie soll Gleichstellung in Drittmittelprogrammen des Landes künftig verankert werden?

Wir sehen Gleichstellung als integralen Bestandteil guter Wissenschafts- und Forschungspolitik. Die Linke Berlin wird daher Gleichstellung als verbindliches Qualitätskriterium in allen Landesförderprogrammen stärken. Drittmittelprogramme des Landes sollen auch künftig konsequent an Gleichstellungs- und Diversitätsstandards geknüpft werden. Dazu gehören aussagekräftige Gleichstellungskonzepte, Maßnahmen zur Förderung von Frauen auf allen Qualifikationsstufen sowie Strategien gegen Diskriminierung und Benachteiligung. Die Umsetzung dieser Ziele muss regelmäßig überprüft werden.

Wie kann die Berliner Geschlechter- und Diversitätsforschung (strukturell) weiterentwickelt werden?

Die Geschlechter- und Diversitätsforschung leistet einen unverzichtbaren Beitrag zum Verständnis und zur Überwindung gesellschaftlicher Ungleichheiten. Wir wollen ihre institutionelle Verankerung an den Berliner Hochschulen stärken und langfristig absichern. Dazu gehören die Schaffung und Verstetigung von Professuren, die Förderung von Forschungsverbünden und Netzwerken sowie verlässliche Karriereperspektiven für Wissenschaftler*innen in diesem Bereich. Wir wollen die gemeinsame Infrastruktur der Geschlechterforschung unterstützen und nachhaltig fördern. Die afg-Geschäftsstelle muss deshalb dauerhaft etabliert und mittelfristig bedarfsgerecht ausgebaut werden.

Berlin benötigt eine zentrale Beratungsstruktur für große Forschungsverbünde, die die systematische Integration von Gender- und Diversitätsaspekten in Forschungsfragen, Forschungsdesigns und Projektinhalte unterstützt. Analog zum etablierten Gender Consulting im Bereich der Gleichstellungs- und Vereinbarkeitsmaßnahmen sollte eine fachlich ausgewiesene Struktur geschaffen werden, die als Beratungsstelle für Antragstellende und Geschlechterforscher*innen fungiert. Dadurch können die Qualitätsanforderungen von DFG, EU-Förderprogrammen und weiteren Drittmittelgebern frühzeitig und substanziell in die Entwicklung von Forschungsvorhaben einbezogen werden.

Zudem setzen wir uns dafür ein, dass Gender- und Diversity-Perspektiven stärker in Forschung, Lehre und Wissenstransfer aller Fachrichtungen integriert werden. Geschlechterforschung, aber auch die Forschung zu anderen ungleichheitsrelevanten Kategorisierungen und -Verhältnissen findet in verschiedenen Fächern statt. Der Partei Die Linke Berlin ist bewusst, dass die inter- und transdisziplinäre Zusammenarbeit Anerkennung und Ressourcen braucht.

Die Grundlage der Weiterentwicklung bilden dabei die Strukturevaluation und die Empfehlungen des Wissenschaftsrates zur Geschlechterforschung aus dem Jahr 2023. Zur Umsetzung wollen wir in der neuen Legislaturperiode einen Prozess mit allen Akteur*innen anstoßen und begleiten.

Gute Arbeit und erfolgreiche Karrieren für Frauen

Berlin hat im Hochschulgesetz und in den Landesgesetzen die Ziele der Vielfalt und Gleichstellung fest verankert. An Berliner Hochschulen regeln Ordnungen und Satzungen die Umsetzung derselben. Gleichstellungskonzepte und erfolgreiche Drittmittelanträge, z.B. im

Professorinnenprogramm, zeichnen die Berliner Hochschulen aus. Dennoch bestehen weiterhin Hürden für Frauen, Berliner Hochschulen sind keine diskriminierungsfreien Räume.

Was kann Berlin zur Stabilisierung der wissenschaftlichen und künstlerischen Karrierewege von Frauen tun?

Die Karrierewege in Wissenschaft und Kunst sind nach wie vor von Unsicherheit, Befristungen und strukturellen Benachteiligungen geprägt. Frauen sind davon besonders betroffen. Auch wenn die jahrzehntelange ehrenamtliche und berufliche frauen- und gleichstellungspolitische Arbeit an den Berliner Hochschulen große Erfolge erzielt hat, ist das Problem des abnehmenden Frauenanteils vom Beginn des Studiums über Promotion bis hin zur Professur (sog. Leaky-Pipeline) weiterhin vorhanden und besonders bei Medizin und in naturwissenschaftlichen Fachrichtungen stark ausgeprägt. Es beginnt bereits deutlich messbar während der Promotionsphase. Zuletzt hatten mehrere Anfragen der Linksfraktion im Abgeordnetenhaus hier berlinspezifische Zahlen zutage gefördert [1, 2]. Um dem zu begegnen, wollen wir bspw. die wissenschaftlichen und künstlerischen Karrierewege von Frauen durch verlässliche Beschäftigungsperspektiven und eine transparente Karriereentwicklung stärken. Wir setzen uns deshalb für verlässliche und planbare Karrierewege ein. Dazu gehören deutlich mehr unbefristete Stellen im akademischen und künstlerischen Mittelbau, eine verbindliche Begrenzung prekärer Beschäftigung sowie transparente und faire Qualifizierungs- und Berufungsverfahren. Die öffentliche Finanzierung der Hochschulen muss so ausgestaltet werden, dass gute Beschäftigungsbedingungen möglich sind. Wir werden die landesrechtlichen Spielräume im Rahmen des Grundgesetzes ausnutzen. Außerdem wollen wir über den Bundesrat das WissZeitVG dahingehend ändern, dass planbare Karrierewege auch in der Wissenschaft endlich ermöglicht werden.

Welche Maßnahmen sehen Sie als wesentlich, um den Professorinnenanteil von 50% in den Besoldungsstufen W3 und W2 zu erreichen?

Um einen Professorinnenanteil von 50 Prozent in den Besoldungsgruppen W2 und W3 zu erreichen, braucht es verbindliche Gleichstellungsziele und eine konsequente Umsetzung in den Hochschulverträgen und an den Hochschulen. Berufungsverfahren müssen transparent, diskriminierungssensibel und qualitätsgesichert gestaltet werden. Wir unterstützen Maßnahmen deren Ausrichtung die Gewinnung von Wissenschaftlerinnen ist, die Weiterentwicklung von

Gleichstellungskonzepten sowie die nachhaltige Verstetigung erfolgreicher Instrumente wie das BCP. Zudem müssen Karrierehindernisse entlang der gesamten wissenschaftlichen Ausbildung, Promotion, Qualifizierung und Laufbahn frühzeitig abgebaut werden, damit Frauen entsprechende Professuren besetzen können. Gleichzeitig müssen die Ursachen der sogenannten „leaky pipeline“ bekämpft werden. Frauen dürfen nicht auf dem Weg zu Professuren durch prekäre Beschäftigung, Care-Verpflichtungen oder diskriminierende Strukturen aus dem Wissenschaftssystem gedrängt werden. Im Sinne der Gleichstellung sehen wir es weiterhin als notwendig an, dass das Berufungsrecht beim Senat verbleibt. Dadurch kann der Berufungsprozess noch einmal zusätzlich von einer Instanz geprüft werden, die nicht hochschulinternen Abhängigkeitsverhältnissen unterliegt. Der Senat übernimmt dadurch auch aus einer Gleichstellungsperspektive eine wichtige Kontroll- und Korrekturfunktion.

Wie stellen Sie Gute Arbeit und Entgeltgerechtigkeit im Verwaltungsbereich der Hochschulen sicher?

Gute Arbeitsbedingungen für alle Beschäftigten sind eine Grundvoraussetzung für eine freie und demokratische Wissenschaft und damit für gute Hochschulen. Wir setzen uns für tarifgebundene, sichere und existenzsichernde Beschäftigung ein. Befristungen müssen auf sachlich notwendige Fälle begrenzt werden. „Gleicher Lohn für gleichwertige Arbeit“ muss selbstverständlich sein. Einen Gender Pay Gap darf es nicht mehr geben. Dafür wollen wir regelmäßige Prüfungen von Eingruppierungen und Entgeltstrukturen sowie transparente Verfahren etablieren. Personalräte und Gewerkschaften müssen bei der Gestaltung guter Arbeitsbedingungen umfassend beteiligt werden. Neben den gesetzlich festgelegten Partizipations- und Vertretungsmöglichkeiten, sehen wir das Forum für Gute Arbeit als wichtige Einrichtung, um gute Arbeitsbedingungen für alle umzusetzen und zeitnah auf mögliche Fehlentwicklungen zu reagieren.

Ein wichtiger Meilenstein zur Herstellung der Entgeltgerechtigkeit ist die EU-Richtlinie zur Entgelttransparenz. Die Bundesrepublik verstößt seit wenigen Tagen gegen diese wichtige Richtlinie und will statt einer zeitnahen Umsetzung eine Verlängerung der Übergangsfrist erreichen. Die Linke Berlin wird sich im Bund daher dafür einsetzen, dass die EU-Entgelttrichtlinie ohne weitere Verzögerungen in nationales Recht überführt wird. Wir werden zusätzlich landesrechtliche Spielräume bspw. im Öffentlichen Dienst, bei öffentlichen Körperschaften (z.B. Hochschulen) oder landeseigenen Betrieben ausnutzen, um die EU-Richtlinie bereits vor Umsetzung durch den Bund zu befolgen.

Welche politischen Weichen werden Sie stellen, um Familiengerechtigkeit an den Hochschulen zu verbessern?

Carearbeit wird noch immer überwiegend von Frauen übernommen und wirkt sich unmittelbar auf ihre Bildungs- und Karrierechancen aus. Deshalb setzen wir uns für familienfreundliche Hochschulen ein. Dazu gehören der Erhalt von Kinderbetreuungsangeboten an den Hochschulen, flexible Arbeits-, Urlaubs-, Studien- und Prüfungsbedingungen sowie verlässliche Regelungen für Menschen mit Pflegeverantwortung. Zeiten für Kindererziehung und Care-Arbeit müssen in Qualifikations- und Berufungsverfahren angemessen berücksichtigt werden. Niemand darf bspw. aufgrund von Elternschaft, Schwangerschaft oder Pflegeaufgaben Nachteile im Studium oder im Berufsleben erfahren. Im Bereich des Studiums werden wir das Teilzeitstudium konsequent umsetzen. Wenn aufgrund von Arbeit, Kindererziehung oder anderen Care-Verpflichtungen nur in Teilzeit studiert werden kann, müssen die Bearbeitungszeiten von Abschlussarbeiten dem angepasst werden.

Was werden Sie konkret unternehmen, um Strukturen zu Vielfalt und Antidiskriminierung an unseren Hochschulen zu stärken?

Antidiskriminierung und Vielfalt sind zentrale Voraussetzungen für gerechte Hochschulen. Wir wollen die Antidiskriminierungs-, Diversitäts- und Gleichstellungsstrukturen an den Hochschulen dauerhaft absichern und finanziell stärken. Anlauf- und Beratungsstellen müssen unabhängig, niedrigschwellig und ausreichend ausgestattet sein.

Neben ihrer dauerhaften institutionellen Etablierung und finanziellen Absicherung müssen Antidiskriminierungsstrukturen sowie Anlauf- und Beratungsstellen über ausreichende Handlungskompetenzen und Ressourcen verfügen, um antidiskriminierende Maßnahmen wirksam entwickeln, implementieren und evaluieren zu können.

Wir unterstützen verbindliche Schutzkonzepte gegen Diskriminierung, sexuelle Belästigung und Gewalt sowie verpflichtende Fortbildungen für Führungskräfte und Beschäftigte. Diversität und Antidiskriminierung müssen intersektional gedacht werden und die Lebensrealitäten von Frauen, Menschen mit Behinderungen, queeren Menschen, Personen mit Migrationsgeschichte, von Antisemitismus negativ betroffenen Menschen sowie anderen von Diskriminierung betroffenen Gruppen gleichermaßen in den Blick nehmen.

Das Ziel von Die Linke Berlin sind Hochschulen, an denen alle Menschen unabhängig von Geschlecht, Herkunft, sozialem Status, Behinderung, Religion, Weltanschauung oder sexueller Identität gleiche Chancen auf Teilhabe und Erfolg haben.

Solidarische Grüße

Die Linke Berlin